Neue Zürcher Zeitung

GASTKOMMENTAR

Für eine glaubwürdige China-Politik: Erkenntnisse aus der Verhandlungspraxis

Seit Monaten wird die Frage diskutiert, wie der Westen sich sowohl politisch als auch wirtschaftlich gegenüber der Volksrepublik China positionieren sollte. Aus der Verhandlungspraxis ergeben sich Ansätze, die als Basis einer glaubwürdigen China-Politik dienen könnten.

Jérôme Racine 25.01.2021, 05.30 Uhr



Entschlossen sein und graduell handeln: Der US-Zerstörer «John S. McCain» durchfährt die Strasse von Taiwan.

U.S. Navy / AP

In einer Auseinandersetzung hat jede involvierte Partei die Wahl: Sie kann entweder *verhandeln* oder eigenständig *handeln*. Es gibt zwei Varianten des eigenständigen Handelns.

Einerseits kann vor und während einer Verhandlung («at the table») jede Partei ohne Rücksprache mit der anderen Initiativen ergreifen («away from the table»), um die Verhandlung günstig zu beeinflussen – zum Beispiel eine Koalition bilden, eine Lobbying-Kampagne starten. Andererseits kann eine Partei zu dem Schluss kommen, dass sie über eine Handlungsalternative verfügt, die für sie attraktiver ist als eine einvernehmliche Lösung. Dann ist es für sie sinnvoll, eine Verhandlung abzulehnen oder abzubrechen.

Bill Clintons Scheitern

Was bedeuten diese Feststellungen im Hinblick auf eine glaubwürdige China-Politik?

Ein schlechtes Beispiel zuerst. 1993 versuchte Präsident Bill Clinton, die Volksrepublik China unter Druck zu setzen. Wenn China von der sogenannten Meistbegünstigungsklausel weiterhin profitieren möchte, müsse das Land die politische Repression reduzieren. Wagemutig verkündete er: «Starting today, the United States will speak with one voice on China policy.» Daraufhin drohte die chinesische Regierung unter anderem AT&T mit der Kündigung einer Vereinbarung bezüglich eines milliardenschweren Projekts zum Aufbau von Chinas Telekommunikationsnetzwerk (man beachte die Ähnlichkeit mit dem Fall Huawei in umgekehrter Konstellation). Ein Jahr später musste Bill Clinton klein beigeben.

Taiwan militärischen Beistand zu verweigern, würde die Glaubwürdigkeit der westlichen China-Politik endgültig zerstören.

Und ein Gegenbeispiel: Fast zur gleichen Zeit führte Mitte der neunziger Jahre Charlene Barshefsky, damals Deputy United States Trade Representative, Verhandlungen über Rechte an geistigem Eigentum. Die Volksrepublik China hatte schon früher ihre Gesetzgebung in diesem Bereich verbessert, setzte aber die entsprechenden Bestimmungen nicht durch. Den USA ging es also darum, die Beachtung dieser Bestimmungen sicherzustellen. Barshefsky kombinierte Verhandeln und eigenständiges Handeln in brillanter Art und Weise.

Sie bildete im Inland eine breite Koalition und sicherte sich somit starke Rückendeckung. Sie nutzte die Tatsache aus, dass die Volksrepublik China bestrebt war, der Welthandelsorganisation (WTO) beizutreten. Sie und ihr Team identifizierten die grössten Piraterie-Sünder, die fast alle in der gleichen Provinz ansässig waren. Sie fanden heraus, welche Exporte aus dieser Provinz am stärksten von Sanktionen betroffen wären. Trotz Unmut in Peking knüpften sie dort Kontakte, um einflussreiche lokale Akteure von der Wichtigkeit des geistigen Eigentums zu überzeugen. Als die Verhandlungen stockten, wurden gezielte, handelsspezifische Sanktionen umgesetzt.

NZZ Standpunkte: Go oder Schach? - China und der Westen

Am Schluss einigte man sich. Die Umsetzung der chinesischen Gesetze machte bedeutende Fortschritte: Siebzig chinesische Firmen wurden wegen Piraterie von der Regierung geschlossen, und der Export von Raubkopien wurde auf praktisch null reduziert. Aus diesen zwei Beispielen lässt sich eine Lehre ziehen: Sanktionen, die mit dem Verhandlungsthema nicht direkt zusammenhängen, sind kaum zu rechtfertigen. Sie wirken nicht oder lassen sich leicht vereiteln.

Brennpunkt Taiwan

Wie die besonnene Antwort auf die amerikanische Handelspolitik unter Präsident Trump und der Abschluss eines Investitions- und Freihandelsabkommens mit der EU zeigen, ist die Volksrepublik China in vielfacher Hinsicht weiterhin daran interessiert, mit dem Westen zu verhandeln. In anderen Fällen zögert sie aber nicht, eigenständig zu handeln und vollendete Tatsachen zu schaffen. Für den Westen stellt sich dann folgende Frage: Wie können wir mit legitimen Mitteln die Attraktivität der Handlungsalternative Chinas unterminieren? Am brennendsten ist diese Frage in Bezug auf Taiwan. Bis jetzt ist es der Volksrepublik nicht gelungen, in ihrem Sinne eine Wiedervereinigung der beiden China auf dem Verhandlungsweg zu erreichen. Deshalb erhöht sie den Druck und droht immer offensichtlicher, Taiwan militärisch zu annektieren.

Wenn es um Kampf geht (und darum geht es beim Unterminieren der Handlungsalternativen des Gegenübers), diktiert die Vernunft, gleichzeitig entschlossen und graduell vorzugehen. Die Volksrepublik hat sich schon sehr weit in Richtung eines eigenständigen «Handelns» bewegt. Die von der US-Kriegsmarine im Südchinesischen Meer weiterhin durchgeführten Freedom-of-Navigation-Fahrten, die im internationalen Seerecht verankert sind, sind deshalb eminent wichtig. Zusätzlich sollte der Westen zusammen mit anderen demokratischen Ländern eine sichtbare Koalition bilden und Taiwan langsam, aber sicher wie einen Quasi-Staat behandeln.

Falls die Volksrepublik China sich entschliessen sollte, Taiwan gewaltsam zu erobern, müsste eine Koalition freiheitlicher Staaten unter der Führung der USA militärische Kapazitäten im Ost- und Südchinesischen Meer bereitstellen und dann im schlimmsten Fall eingreifen, um die Inseldemokratie zu unterstützen. Dies zu unterlassen, würde die Glaubwürdigkeit der westlichen China-Politik endgültig zerstören.

Jérôme Racine ist seit mehr als zwanzig Jahren als Verhandlungstrainer und -berater tätig.

Mehr zum Thema



KOMMENTAR

China wird Taiwan kaum direkt angreifen, doch es hat andere Mittel

Peking verstärkt seine Drohgebärden gegenüber Taiwan. Bei einer militärischen Aktion könnten einzig die USA China die Stirn bieten. Doch die Amerikaner sind mit sich selbst beschäftigt.

Patrick Zoll	21.10.2020	

Wieso US-Kriegsschiffe in der Strasse von Taiwan Präsenz markieren

Taiwan lebt unter der Bedrohung durch Peking, das eine gewaltsame Eroberung der Insel nicht ausschliesst. Washington zeigt mit verschiedenen Gesten, dass es dem demokratischen Land beistehen will.

atrick Zoll, Taipeh	08.07.2018	

PRO

Taiwan sucht neue Verbündete

Jürgen Kahl 11.09.2020

Mit einer engeren Anlehnung an Südostasien, die EU und die USA will sich der Inselstaat aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von China lösen. Die Fortschritte sind allerdings überschaubar. Der Velohersteller Giant etwa verlagerte seine Fertigung erst von China nach Taiwan, wegen Kapazitätsengpässen dann aber wieder zurück aufs Festland.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.